

## Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dregger, Spranger, Dr. Wörner, Würzbach, Vogel (Ennepetal), Dr. Marx, Dr. Miltner, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Dr. Warnke, Hauser (Krefeld) und der Fraktion der CDU/CSU  
— Drucksache 9/296 —**

### **Krefelder Appell „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa“**

*Der Bundesminister des Innern – I S 2 – 614 247 II – hat mit Schreiben vom 22. Mai 1981 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:*

#### Vorbemerkung

Über Hintergründe und Ziele der Politik der DKP wird im jährlichen Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung ausführlich berichtet. Dies gilt für ihre Aktivitäten zum Thema „Abrüstung und Frieden“, die bei der Darstellung der orthodox-kommunistischen Politik in jedem bisher erschienenen Verfassungsschutzbericht behandelt worden sind. Auch der Verfassungsschutzbericht 1979 geht auf die orthodox-kommunistische Abrüstungskampagne ein, deren Ziel es ist, den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 zu verhindern. Er berichtet gleichfalls über die Unterstützung der DKP-Ziele durch DKP-beeinflußte Organisationen. Auf diese Berichte wird Bezug genommen.

Die Bürger und demokratischen Organisationen unseres Landes haben sich gegenüber orthodox-kommunistisch inspirierten und gelenkten Beeinflussungsversuchen im wesentlichen ablehnend verhalten. Sie haben erkannt, daß es der DKP und den von ihr beeinflussten Organisationen weniger um die Sache als darum geht, mit ihren Kampagnen „Bündnisse“ herzustellen und so ihrer Politik eine breitere Wirkung und mehr Gewicht zu verschaffen, als ihr im politischen Kräftefeld der Bundesrepublik Deutschland zukommt. Auch mit ihrer Beteiligung am „Krefelder Appell“ verfolgt die DKP das Ziel, die in der demokratischen Öffentlichkeit geführte Diskussion über Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des NATO-Doppelbeschlusses einseitig im Sinne der Politik der Sowjetunion zu beeinflussen, als deren kritiklose Interessenvertretung die DKP sich selbst versteht.

Die Bundesregierung hat ihre Verteidigungspolitik im Deutschen Bundestag und in der Öffentlichkeit wiederholt dargelegt. So hat der Bundeskanzler in der Regierungserklärung vom 7. Mai 1981 festgestellt, daß der sog. Doppelbeschluß vom Dezember 1979 „ein wesentliches Element“ der Politik dieser Regierung ist und daß es „keinen anderen Weg“ gibt, „auf dem wir, etwa unter geringerem Risiko, langfristig unseren Frieden ebenso sichern können wie unsere Entschlußfreiheit, d.h. unsere Freiheit schlechthin“.

Die Bundesregierung wird das Parlament und die Öffentlichkeit auch weiter sachlich unterrichten und dabei besonderen Wert darauf legen, jene Bürger zu überzeugen, die trotz der für sie unübersehbaren Mitwirkung kommunistischer und kommunistisch beeinflusster Organisationen bereit sein könnten, ihre Kritik am NATO-Doppelbeschluß durch Unterstützung des „Krefelder Appells“ auszudrücken.

1. Trifft es zu, daß das „Krefelder Forum“ im wesentlichen von der DKP-beeinflußten Deutschen Friedens-Union (DFU) vorbereitet und organisiert worden ist?

Ist es richtig, daß in diesem Zusammenhang

- a) das Direktorium der DFU am 4. Dezember 1979 mit dem Präsidium der DKP Aktionen gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß erörterte und bald darauf erklärte: „Die Sowjetunion und ihre Verbündeten können und werden – das lehrt die Erfahrung – eine solche gravierende Verschiebung des militärischen Gleichgewichts nicht hinnehmen. ... Wir appellieren an alle friedliebenden und patriotischen Kräfte dieses Landes, diesen Beschluß nicht widerstandslos hinzunehmen“;
- b) die DFU vom 29. Januar bis 4. Februar 1980 auf Einladung des sowjetischen „Komitees zum Schutze des Friedens“ eine Delegation in die Sowjetunion entsandte, die dort mit der sowjetischen Seite Übereinstimmung über den „besonders gravierenden“ NATO-Beschluß und die Notwendigkeit erzielte, daß dagegen die „Anstrengungen aller Friedenskräfte verstärkt werden müßten“;
- c) das Direktorium der DFU Mitte Mai 1980 eine Abordnung zu Gesprächen mit dem DDR-Friedensrat entsandte und dort Übereinstimmung erzielte, „es sei das Gebot der Stunde, mit neuen Aktionen im Zusammenwirken aller Friedenskräfte, aller Kriegs- und Rüstungsgegner die Verwirklichung des Brüsseler NATO-Raketenbeschlusses zu verhindern“;
- d) das Direktorium der DFU unmittelbar nach dieser DDR-Konsultation am 20. Mai wiederum mit dem DKP-Präsidium zusammentraf, um neuerliche Aktionen gegen den NATO-Beschluß zu erörtern;
- e) die DFU in einer Vielzahl von Veranstaltungen und Veröffentlichungen im weiteren Verlauf des vergangenen Jahres gegen den NATO-Beschluß agitierte und schließlich wenige Stunden vor dem „Krefelder Forum“ im benachbarten Duisburg ihren 9. ordentlichen Unionstag abhielt, von wo ein Großteil der Delegierten sogleich nach Krefeld wechselte?

Nach einem im „pressedienst DFU“ vom 15. September 1980 veröffentlichten Kommuniqué über die Sitzung des Bundesvorstands der DFU am 13. September 1980 hat der Bundesvorstand der DFU dort beschlossen, am 15./16. November 1980 in Krefeld ein Forum zu veranstalten, „auf dem alle, die die Sorge teilen, miteinander beraten und nach Möglichkeiten suchen, wie der Gefahr eines Atomkrieges begegnet werden kann. Dazu verabschiedete er einen 'Aufruf zum Gespräch'“. Im Oktober 1980 wandte sich dann ein fünfköpfiger Initiatorenkreis, darunter drei

führende Mitglieder orthodox-kommunistisch beeinflusster Organisationen, unter dem Motto „Der Atomtod bedroht uns alle“ an die Öffentlichkeit und schlug vor, am 15./16. November 1980 zu einem Forum zusammenzukommen. Am 16. November 1980 wurde die als „Krefelder Appell“ bekannte Erklärung der Initiatoren vorgestellt, als deren „Träger“ die Initiatoren sowie drei weitere Personen auftraten.

Die in Frageform gehaltenen Ausführungen 1. a) bis e) sind zutreffend.

2. Trifft es zu, daß der „Krefelder Appell“ sich allein gegen den NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 richtet, ohne auch nur ansatzweise eine vergleichbare Aufforderung zur Rüstungsbegrenzung an die Warschauer Pakt-Staaten oder die Sowjetunion zu richten?

Im „Krefelder Appell“ wird an die Bundesregierung appelliert, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Europa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen“.

Zur Begründung des Appells wird ausgeführt, der Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 erweise sich als „verhängnisvolle Fehlentscheidung“. Die Erwartung, „wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen“.

In einem mit den Initiatoren des Krefelder Forums abgestimmten Text des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ) heißt es im DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) vom 11. Dezember 1980: „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine neuen Atomraketen in Europa – Beendet das Wettrüsten in Ost und West“.

3. Ist es richtig, daß die DKP
  - a) sich unmittelbar aktiv am „Krefelder Forum“ beteiligt hat, z. B. durch die Beteiligung ihres Parteivorstandsmitgliedes Peter Tümmers als Redner;
  - b) die Unterschriftenkampagne für den „Krefelder Appell“ als „die entscheidende Aufgabe für die ganze Partei“ bezeichnet und behandelt;
  - c) mindestens eine erhebliche Zahl der von ihr beeinflussten Organisationen, wie die VVN/BdA, das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, die DFG/VK zur Unterstützung der Kampagne veranlaßt?
- a) Das Mitglied des DKP-Parteivorstandes Peter Tümmers gehörte dem Präsidium des Forums an und trat als Redner auf. Weiterhin gehörten Martha Buschmann und Kurt Erlebach, beide

Mitglieder des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP, sowie Rudi Hechler, Stadtverordneter der DKP in Mörfelden-Walldorf, zu den Teilnehmern des Forums.

- b) Hermann Gautier, Stellvertretender Parteivorsitzender der DKP, erklärte in einem Interview mit UZ: „Wir Kommunisten unterstützen mit all unserer Kraft die Unterschriftenkampagne unter den Krefelder Appell. Dies ist die entscheidende Aufgabe für die ganze Partei – auch in der Woche der DKP“ (UZ vom 12. Januar 1981).
- c) Außer den DKP-Nebenorganisationen „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) und „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB) unterstützen auch DKP-beeinflußte Organisationen die Kampagne der DKP.

Zu erwähnen sind hier neben der DFU und der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK) das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ), die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) und die „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI).

- 4. Was wird die Bundesregierung über die Beantwortung dieser Anfrage hinaus tun, um zu erreichen, daß möglichst kein Bürger deshalb den „Krefelder Appell“ durch seine Unterschrift unterstützt, weil er nicht ausreichend Gelegenheit hatte, sich über die kommunistische Urheber- und Nutznießerschaft der Aktion zu unterrichten?

Die Bundesregierung hat jede Gelegenheit zur Aufklärung genutzt und wird dies auch in Zukunft tun.

So berichtet der vom Bundesminister des Innern herausgegebene Informationsdienst „Innere Sicherheit“ in seiner letzten Ausgabe über die Verstärkung des „antimilitaristischen Kampfes“ der DKP im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß. Auch der Verfassungsschutzbericht 1980 wird eine Darstellung darüber enthalten und dabei ausdrücklich auf den „Krefelder Appell“ eingehen.